

›Aufbau‹ und ›Arbeitseinsatz‹. Migration und die Grenzen der nationalsozialistischen Vergemeinschaftung

VON LARS AMENDA (OSNABRÜCK)

›Aufbau‹ war in der Frühphase der NS-Herrschaft ein populäres und geradezu magisches Wort.¹ Das ›Dritte Reich‹ wollte Bevölkerung und Wirtschaft auf ein neues Fundament stellen, das sich von der jüngeren Vergangenheit und der als ›Systemzeit‹ der Weimarer Republik verteufelten Periode deutlich abheben sollte.² Das Land werde geradezu erblühen und jedermann Arbeit finden, so die propagandistische Vereinfachung der Nationalsozialisten. ›Aufbau‹ sollte aber beileibe keine Worthülse bleiben, sondern sich an vielen Stätten im Reich manifestieren und damit für alle sichtbar werden. Der forcierte ›Aufbau‹ löste ein umfangreiches Bauprogramm mit verschiedenen Großprojekten aus, die allesamt in den Kernbestand nationalsozialistischer Herrschaftsvorstellungen führten. Denn den spezifisch nationalsozialistischen ›Aufbau‹ galt es nicht an privatwirtschaftlichen Leitlinien auszurichten, er sollte vielmehr mithelfen, das nationalsozialistische Deutschland kriegs- und angriffsbereit zu machen, auch wenn die NS-Propaganda die entstehenden Bauten als ›Friedenswerke‹ feierte.

Im Folgenden sollen einige Großprojekte der 1930er Jahre, wie die Reichsautobahn, das ›Volkswagenwerk‹ und der Westwall, skizziert werden, um dann ausführlich die Fallstudie der Reichswerke ›Hermann Göring‹ im Salzgittergebiet zu untersuchen: Wie wirkten sich dort der ›Aufbau‹ und der massive ›Arbeitseinsatz‹ in der zuvor ausgesprochen ländlich geprägten Region aus? Wie sollte und konnte unter diesen Umständen vor Ort die nationalsozialistische ›Volksgemeinschaft‹ konstruiert werden? Welche Pläne existierten, um im ›Aufbaubereich‹ um Salzgitter, im Harzvorland gelegen, angesichts

1 Dieser Aufsatz stellt Zwischenergebnisse meines geschichtswissenschaftlichen Projekts über die nationalsozialistische Migrationspolitik und die ›Reichswerke Hermann Göring‹ im Salzgittergebiet vor, das im Rahmen des niedersächsischen Forschungskollegs »Nationalsozialistische ›Volksgemeinschaft? Konstruktion, gesellschaftliche Wirkungsmacht und Erinnerung vor Ort« durchgeführt wird.

2 Hellmut Rosenfeld, Volk, Arbeit, Wirtschaft. Grundriss für den deutschen Aufbau, Leipzig 1933; Hermann Göring, Aufbau einer Nation, Berlin 1934; Der Aufbau des Dritten Reiches. Taten, Reden, Gesetze seit dem 30. Januar 1933, zsgest. v. Wilhelm Lohmann, Leipzig 1934; Erich Koch, Aufbau im Osten, Breslau 1934; Karl Fiehler (Hg.), München baut auf. Ein Tatsachen- und Bildbericht über den nationalsozialistischen Aufbau in der Hauptstadt der Bewegung, München 1937; Wilfrid Bade, 1934 – der Aufbau beginnt, Lübeck 1935; Arthur Greiser, Der Aufbau im Osten, Jena 1942; Johannes Oehquist, Das Reich des Führers. Ursprung und Kampf, Weltanschauung und Aufbau des Nationalsozialismus. Geschildert von einem Ausländer, 3. Aufl. Bonn 1943.

einer dynamischen Umstrukturierung der Region die zusammengewürfelte Arbeiterschaft zu vergemeinschaften?³ Welche Spannungen und Friktionen traten dabei auf und wie gestaltete sich die Situation unter den Bedingungen des Krieges und des massenhaften Einsatzes von Kriegsgefangenen und Zwangsarbeitskräften?

Die Reichswerke ›Hermann Göring‹ im Salzgittergebiet sind diesbezüglich ein vielversprechender Forschungsgegenstand, verbanden sich hier doch lokale, regionale und reichsweite Entwicklungen des NS-Migrationsregimes.⁴ Die Verantwortlichen der Reichswerke und ihrer ›Abteilung Arbeitseinsatz‹ stellten einflussreiche Akteure dar, die angesichts ihrer direkten Verbindung zu Hermann Göring und der von ihm geleiteten Vierjahresplanbehörde über die besten Beziehungen in die höchste Führungsspitze des NS-Regimes verfügten. Das nationalsozialistische Migrationsregime entpuppte sich während des Eroberungs- und Vernichtungskrieges zwar als eine ›(Zwangs-)Migrationsmaschine‹, es funktionierte jedoch keineswegs reibungslos und ohne Konkurrenz zwischen den beteiligten Institutionen. In der Sicherstellung von Arbeitskräften im Rahmen des ›Arbeitseinsatzes‹ zeigte sich der polykratische Charakter von Herrschaft im NS-Regime sehr deutlich.

Bei der Untersuchung des ›Arbeitseinsatzes‹ im Kontext von Gründung und Expansion der Reichswerke seit 1937 wird es um Arbeitsmigration aus benachbarten Ländern wie Italien und die Niederlande gehen, es werden aber auch intra- und interregionale Wanderungen deutscher Arbeitskräfte aus verschiedenen Gebieten des Reiches berücksichtigt, die ebenfalls beträchtlich zur hohen Mobilität und heterogenen Bevölkerungsstruktur im Salzgittergebiet beitragen. Als für die Geschichte der Reichswerke zentralen Quellenkorpus wird vor allem auf Dokumente aus dem Firmenarchiv zurückgegriffen, die heute im Niedersächsischen Wirtschaftsarchiv innerhalb des Niedersächsischen Staatsarchivs Wolfenbüttel gelagert werden. Ergänzt wird die Quellenlage durch Bestände aus dem Bundesarchiv Berlin-Lichterfelde und dem Stadtarchiv Salzgitter.

1. Nationalsozialistische Großprojekte und Arbeitskräftebedarf in den 1930er Jahren

Anfang 1933 überschritt die Erwerbslosenzahl in Deutschland sechs Millionen, viele weitere Erwerbslose tauchten aus verschiedenen Gründen noch nicht einmal in der Statistik auf. Die nationalsozialistischen Arbeitsbeschaffungsmaßnahmen der Jahre 1933 und 1934 kennzeichnen die Ziele des NS-Regimes nur unzureichend, denn sie waren teilweise bereits in der Endphase

3 Lars Gertenbach, *Theorien der Gemeinschaft zur Einführung*, Hamburg 2010.

4 Dazu siehe die Einleitung von Jochen Oltmer in diesem Band; ders., *Einführung: Europäische Migrationsverhältnisse und Migrationsregime in der Neuzeit*, in: Ute Frevert/ders. (Hg.), *Europäische Migrationsregime* (Themenheft v. *Geschichte und Gesellschaft*, 35. 2009), S. 5–27.

der Weimarer Republik angestoßen worden und blieben im Umfang sehr begrenzt.⁵ Der ganz spezifische Aufbau des ›Dritten Reiches‹ sollte sich davon abgrenzen und mit dem Bau von Straßen, Industriekomplexen und repräsentativen Gebäuden unterstrichen werden. Ein zentrales Großprojekt bildete der Bau der Reichsautobahn, der vom begeisterten Autofahrer Adolf Hitler persönlich forciert und aufmerksam begleitet wurde.⁶ Hitler ernannte am 17. Juni 1933 Fritz Todt zum Generalinspektor für das deutsche Straßenwesen, der in den folgenden Jahren das Streckennetz ausbauen ließ. Der forcierte Autobahnbau, der ab 1937 zu fertiggestellten Teilstücken von jährlich rund 3.000 km führte, ließ zahlreiche Großbaustellen in Deutschland entstehen und machte den Einsatz von Tausenden von Arbeitskräften notwendig. Während die Reichsautobahnen als Brücken der ›Volksgemeinschaft‹ inszeniert und gefeiert wurden, die die regionale Vielfalt und die Schönheit der Natur buchstäblich erfahrbar werden lassen sollten⁷, entwickelten sich in der heterogenen Arbeiterschaft auf den Baustellen angesichts schwieriger Arbeitsbedingungen ernsthafte Spannungen und Konflikte.⁸ Entgegen dem geschönten Bild der Propaganda war die Unzufriedenheit unter den Arbeitskräften sehr hoch.

Im Vergleich zu den USA war die Motorisierungsrate der deutschen Bevölkerung in der Zwischenkriegszeit gering. Um dies zu ändern, forderte Hitler anlässlich der Eröffnung der Internationalen Automobilausstellung in Berlin am 7. März 1934 die Massenproduktion eines Personenkraftwagens, der unter 1.000 Reichsmark kosten und damit für einen breiteren Kreis der Bevölkerung finanzierbar sein sollte.⁹ Weil die deutsche Automobilindustrie skeptisch blieb, erhielt die Deutsche Arbeitsfront unter der Ägide Robert Leys den Auftrag, ein Werk zu bauen und dort den von Ferdinand Porsche entworfenen ›KdF-Wagen‹ zu produzieren.¹⁰ Das Werk entstand 1937 bei Fallersleben – im heutigen Wolfsburg. Wegen des erheblichen Facharbeitermangels musste seit 1936 eine große Zahl ausländischer Arbeitskräfte angeworben werden. Im

5 Guido Golla, *Nationalsozialistische Arbeitsbeschaffung in Theorie und Praxis 1933 bis 1936*, Aachen 2008; zeitgenössisch Paul Hövel, *Arbeitsbeschaffung und Wirtschaftsplanung im nationalsozialistischen Staat*, Diss. Heidelberg 1936.

6 Erhard Schütz/Eckhard Gruber, *Mythos Reichsautobahn. Bau und Inszenierung der ›Strassen des Führers‹ 1933–1941*, Augsburg 1996; Rainer Stommer (Hg.), *Reichsautobahn. Pyramiden des Dritten Reichs*, 2. Aufl. Marburg 1995; Thomas Zeller, *Driving Germany. The Landscape of the German Autobahn, 1930–1970*, New York 2006; Adam Tooze, *Ökonomie der Zerstörung. Die Geschichte der Wirtschaft im Nationalsozialismus*, München 2007, S. 69f.

7 Erna Lendvai-Dircksen, *Reichsautobahn*. Mit einem Geleitwort von Fritz Todt, Berlin 1937.

8 Dazu siehe die zahlreichen Erwähnungen in: *Deutschland-Berichte der Sozialdemokratischen Partei Deutschlands (Sopade)*, Paris 1934–1940 (Salzhausen/Nettelbeck/Frankfurt a.M. 1980), bes. S. 735–737 (Juni 1936), S. 1584–1585 (Dezember 1936); Stommer, *Reichsautobahn*, S. 34f.; Tooze, *Ökonomie der Zerstörung*, S. 126; Günter Morsch, *Arbeit und Brot, Studien zu Lage, Stimmung, Einstellung und Verhalten der deutschen Arbeiterschaft 1933–1936/37*, Frankfurt a.M. 1993, S. 170.

9 Dorothee Hochstetter, *Motorisierung und ›Volksgemeinschaft‹. Das Nationalsozialistische Kraftfahrkorps (NSKK) 1931–1945*, München 2005.

10 Zur Organisation KdF und ihren touristischen Angeboten siehe Shelley Baranowski, *Strength Through Joy. Consumerism and Mass Tourism in the Third Reich*, Cambridge 2004; Claudia Schallenberg, *KdF: ›Kraft durch Freude‹. Innenansichten der Seereisen*, Bremen 2005.

Volkswagenwerk arbeiteten 1939 beispielsweise allein 6.000 Italiener, die die Deutsche Arbeitsfront angeworben hatte.¹¹ Die Massenmotorisierung der NS-›Volksgemeinschaft‹ blieb ein Versprechen, das nicht eingelöst wurde. Keiner der 300.000 Zahler des monatlichen Betrages für den KdF-Wagen sollte bis Kriegsende ein Automobil sein eigen nennen. Das ambitionierte Programm des ›Volkswagens‹ ließ jedoch in Fallersleben eine temporäre multiethnische Gesellschaft entstehen, in der trotz der verordneten politischen Nähe zu Italien der Arbeits- und Lebensalltag nicht reibungslos verlief.

Wie die Volkswagenwerke, die während des Krieges vollständig auf Rüstungsproduktion umschwenkten, betrafen weitere nationalsozialistische Großprojekte direkt die Kriegsvorbereitungen. Dies war ganz offensichtlich der Fall beim zwischen 1938 und 1940 errichteten ›Westwall‹, der ein System von Befestigungsanlagen im Westen Deutschlands vorsah und von der nationalsozialistischen Propaganda gezielt in Szene gesetzt wurde.¹² Mit dem Instrument der Dienstverpflichtung wurden zahlreiche Arbeitskräfte zu den Baustellen abkommandiert, und stoßweise waren bis zu schätzungsweise 500.000 Menschen am Bau des Westwalls tätig. Die Organisation Todt zeichnete verantwortlich für den Einsatz der Arbeitskräfte und gestaltete die Bedingungen vor Ort, die bei einem Teil der eingesetzten Arbeiter auf Unmut stießen und die 1938 und 1939 sogar einige größere Streiks provozierten.

Abseits der NS-Propaganda vom friedlichen ›Aufbau‹ des ›Dritten Reiches‹ zeigte sich gerade an Orten wie Fallersleben, am Westwall oder auch in der Marinestadt Wilhelmshaven¹³, dass die nationalsozialistischen Großprojekte die Zusammensetzung der jeweiligen Bevölkerung vor Ort radikal umwälzen konnten. Angesichts der Heterogenität der Arbeiterschaft an diesen Stätten klang die Rede von der ›Volksgemeinschaft‹ befremdlich, umso mehr, als die gesellschaftlichen Friktionen kaum zu übersehen waren.

2. Der nationalsozialistische ›Arbeitseinsatz‹

»Im nationalsozialistischen Staat arbeitet der Mensch nicht mehr um zu leben, sondern er lebt um für Deutschland zu arbeiten.«¹⁴ Auf diese plakative Formel brachten Hans Holmer, Direktor des Arbeitsamtes Köln, und Hans Henschle, Oberregierungsrat im Landesarbeitsamt Sachsen, das erwünschte Verhältnis

11 Hans Mommsen/Manfred Grieger, *Das Volkswagenwerk und seine Arbeiter im Dritten Reich*, Düsseldorf 1996; Manfred Grieger, *Zuwanderung und junge Industriestadt. Wolfsburg und die Migranten seit 1938*, in: *Niedersächsisches Jahrbuch für Landesgeschichte*, 81. 2009, S. 177–210.

12 Zeitgenössisch: Rudolf Theodor Kühne, *Der Westwall. Unbezwingbare Abwehrzone von Stahl und Beton an Deutschlands Westgrenze*, München/Berlin 1939.

13 Ingo Sommer, *Die Stadt der 500.000. NS-Stadtplanung und Architektur in Wilhelmshaven, Braunschweig/Wiesbaden 1993*; Gunnar Zamzow erarbeitet derzeit als Mitglied des Forschungskollegs ›Nationalsozialistische Volksgemeinschaft‹ eine Studie über die Konstruktion und die Risse der lokalen ›Volksgemeinschaft‹ in Wilhelmshaven.

14 Hans Holmer/Hans Henschle, *Der Arbeitseinsatz*, Berlin 1937, S. 19.

des ›Volksgenossen‹ zur Arbeit. ›Arbeit‹ erwies sich auch abseits propagandistischer Beschwörungen als eine zentrale Kategorie: Sie solle und dürfe nicht nur reiner Lohnerwerb sein, wie Kommunisten und Sozialdemokraten postuliert hätten, sondern stelle einen Dienst am Ganzen dar, der notfalls mit Druck und Zwangsmaßnahmen eingefordert werde. Die Leitlinien nationalsozialistischer Arbeitsmarktpolitik verdichteten sich dabei im ›Arbeitseinsatz‹. Wie die politische Sphäre im Allgemeinen, so wurde auch die Steuerung und Kontrolle von Arbeitskräften zentralisiert: Die ›Verordnung über ausländische Arbeitnehmer‹ aus dem Jahr 1933 verschärfte die Überwachung seitens der Landesarbeitsämter, 1935 erschwerte die Einführung des Arbeitsbuches gezielt den eigenmächtigen Arbeitsplatzwechsel.¹⁵ Im Zuge des Vierjahresplanes von 1936 erhielt die ›Reichsanstalt für Arbeitsvermittlung und Arbeitslosenfürsorge‹ unter ihrem Präsidenten Friedrich Syrup weitgehende Vollmachten, die über die jeweiligen Landesarbeitsämter ausgeübt werden konnten.¹⁶ Eine weitere wichtige Institution bildete die Deutsche Arbeitsfront unter Robert Ley, die ein eigenes ›Amt für Arbeitseinsatz‹ unterhielt.

Mit den Dienstverpflichtungen entstand ein Instrument zur staatlichen Lenkung, das die persönliche Freiheit der Arbeitnehmer beschnitt.¹⁷ Sie bildeten ein zentrales Element eines Migrationsregimes, in dem sowohl deutsche als auch ausländische Arbeitskräfte in ihrer Bewegungsfreiheit eingeschränkt wurden, um die Rüstungsindustrie und andere für zentral erachtete Wirtschaftsbereiche mit den erforderlichen Arbeitskräften zu versorgen. Der NS-Staat verringerte gezielt die Möglichkeiten der Wahrnehmung freier Bewegungen auf dem Arbeitsmarkt in den 1930er Jahren. Der spürbare Mangel an Facharbeitskräften seit 1936 verstärkte die Bemühungen um Kontrolle und Lenkung der Arbeitskräfte noch einmal deutlich.

3. Die Gründung der Reichswerke ›Hermann Göring‹ im Salzgittergebiet

Die Reichswerke Aktiengesellschaft für Erzbergbau und Hüttenwesen ›Hermann Göring‹, wie das staatliche Unternehmen mit vollständigem Namen hieß, wurden am 15. Juli 1937 ins Firmenregister eingetragen.¹⁸ Sitz und Hauptverwaltung des Unternehmens befanden sich anfangs in Berlin und

¹⁵ Vgl. Arbeitsbuch und Arbeitseinsatz, Berlin 1935.

¹⁶ Volker Herrmann, Vom Arbeitsmarkt zum Arbeitseinsatz. Zur Geschichte der Reichsanstalt für Arbeitsvermittlung und Arbeitslosenversicherung 1929 bis 1939, Frankfurt a.M. 1993.

¹⁷ Dienstpflichtverordnung v. 13.2.1938, in: Reichsgesetzblatt I, S. 206.

¹⁸ Allgemein zu den Reichswerken siehe August Meyer, Hitlers Holding. Die Reichswerke ›Hermann Göring‹, München 1999; Wolfgang Benz (Hg.), Salzgitter. Geschichte und Gegenwart einer deutschen Stadt 1942–1992, München 1992; Harald Wixforth/Dieter Ziegler, Die Expansion der Reichswerke ›Hermann Göring‹ in Europa, in: Jahrbuch für Wirtschaftsgeschichte, 12. 2008, S. 257–278; zeitgenössisch: Vier Jahre Hermann-Göring-Werke Salzgitter, Salzgitter 1941 (geheim).

wechselten 1942 nach Salzgitter. Hermann Göring ernannte den Unternehmer Paul Pleiger (1899–1985) zum Vorstandsvorsitzenden der Reichswerke. Paul Pleiger war 1932 in die NSDAP eingetreten, seit 1933 als Gauwirtschaftsberater der NSDAP im Gau Westfalen-Süd tätig und wechselte im Oktober 1936 in das Amt für deutsche Roh- und Werkstoffe innerhalb der Vierjahresplanbehörde.¹⁹ Er machte sich einen Namen als einer der führenden Experten für Erzvorkommen in Deutschland, was ihn angesichts des Devisenmangels und der stark forcierten nationalsozialistischen Rüstungspolitik zu einem gefragten Mann werden ließ. Das Thema Erzimporte und -vorkommen erhielt ein besonderes Gewicht, da Deutschland nach dem Ersten Weltkrieg die Kontrolle über den Erzabbau in Lothringen verloren hatte und seither Eisenerze mit Devisen im Ausland, vornehmlich in Schweden, kaufen musste. Das größte Erzvorkommen auf deutschem Boden lag nach 1919 im Salzgittergebiet und war seit Jahrhunderten bekannt.²⁰ Der große Nachteil des Salzgittererzes bestand darin, dass es ›sauer‹ war, das heißt einen hohen Anteil an kieselsäurehaltigen Gesteinen aufwies, weshalb sich die Verhüttung als vergleichsweise unwirtschaftlich erwies. Seit 1928 hatten allerdings Max Paschke und Eugen Peetz von der Bergakademie Clausthal ein Verfahren zur Verarbeitung saurer Erze entwickelt, das Hermann Brassert im englischen Colby in der Praxis erfolgreich umsetzen konnte.

Unter der Ägide Hermann Görings entstanden 1937 die Reichswerke in Salzgitter, die seinen Namen als Qualitätssiegel tragen sollten und deren Ausbau angesichts des Gewichts des Generalfeldmarschalls in der Hierarchie des NS-Staates hohe Priorität einnahm.²¹ Die Vierjahresplanbehörde beabsichtigte nichts weniger, als ein ›neues Ruhrgebiet‹ zu begründen. Göring persönlich wählte den Standort des Hüttenwerkes in der bis dato ländlich geprägten Region südöstlich von Braunschweig am 15. November 1937 aus und setzte damit eine radikale Transformation zum Industriekomplex in Gang.

Auch die mächtige Schwerindustrie des Ruhrgebietes um Ernst Poensgen, den Vorstandsvorsitzenden der Vereinigten Stahlwerke, konnte die Planungen der Reichswerke im Salzgitter trotz wiederholt vorgebrachter Zweifel an der Wirtschaftlichkeit nicht aufhalten.²² Die Vertreter der dortigen Unternehmen, die die Gewinnung der sauren Salzgittererze für unrentabel hielten, fanden in Paul Pleiger einen Widersacher, der den Aufbau des Industriekomplexes konsequent vorantrieb. Neben bereits vorhandenen Erzgruben wie in Ringelheim

19 Matthias Riedel, *Eisen und Kohle für das Dritte Reich. Paul Pleigers Stellung in der NS-Wirtschaft*, Göttingen 1973; Ralf Stremmel, Pleiger, Paul, in: *Neue Deutsche Biographie* (NDB), Berlin 2001, Bd. 20, S. 526f.

20 Heinrich Korthöber u.a. (Red.), *Bergbau in Salzgitter. Die Geschichte des Bergbaus und das Leben der Bergleute von den Anfängen bis in die Gegenwart*, Salzgitter 1997; Johannes Weigelt, *Das Erzlager von Salzgitter und sein Bildungsraum*, Düsseldorf 1924.

21 Zur allgemeinen Praxis der Benennung von öffentlichen Straßen und Gemeinwesen im Nationalsozialismus siehe Hans-Jörg Wohlfromm/Gisela Wohlfromm, *Deckname Wolf. Hitlers letzter Sieg*, Berlin 2001.

22 Handakte Pleiger: *Widerstand der Ruhrindustrie*, Staatsarchiv Wolfenbüttel (StAW), NWA 2, 9738.

sollte in der ›Hütte Braunschweig‹ ein Komplex mit 41 Hochöfen entstehen, dessen jährliche Stahlproduktion rasch 20 Millionen Tonnen erreichen sollte, so die ehrgeizige Zielsetzung. Die Reichswerke wuchsen seit ihrer Gründung 1937 in wenigen Jahren zu einem der größten Industriebetriebe des Deutschen Reiches (neben der IG Farben) und errichteten nach der Annexion Österreichs 1938 einen weiteren Standort in Linz.²³

Salzgitter blieb trotz der späteren umfangreichen Expansion das Herzstück des Unternehmens. Hier sollte nach dem Ende des Aufbaus der Reichswerke die ›Hermann Göring-Stadt‹ entstehen, die stadtplanerisch die verschiedenen Erzgruben mit der zentral gelegenen Eisenhütte bei Drütte verbinden und vorerst rund 150.000, später bis zu 250.000 Einwohner beherbergen sollte. Mit der Planung der Stadt und der Siedlungen wurde der Industriearchitekt Herbert Rimpl (1902–1978) beauftragt, der neben Anlagen und Wohnbauten der Reichswerke in Salzgitter und Linz auch Gebäude der Heinkel-Werke in Oranienburg entwarf.²⁴ Rimpl formulierte im April 1939 – anlässlich Hitlers Geburtstag – die spezifischen architektonischen Aufgaben in der zu schaffenden ›Hermann-Göring-Stadt‹ folgendermaßen:

»Der Geist, der die Gründung der Stadt ermöglicht hat und die Menschen be-seelt, die dem Werk dienen, muß auch in der Gestaltung der Stadt zum Ausdruck kommen. Die Bewohner der Stadt, die aus allen Teilen des Reiches zusammenkommen, sollen sich zu einer neuen städtischen Gemeinschaft zusammenfinden. Daraus entsteht die Aufgabe, den Bauten der Gemeinschaft eine beherrschende Stellung zu geben. Von der architektonischen Haltung der Stadt wird es wesentlich abhängen, daß die Bewohner die Stadt als ihre neue Heimat empfinden. Deshalb müssen die Kulturbauten den Wohnungsbauten sobald als möglich folgen.«²⁵

Ein Gefühl von Beheimatung sollte demnach architektonisch eingepflanzt werden, obgleich den Verantwortlichen nur zu bewusst war, dass dies in dem Aufbaubereich um Salzgitter und seiner zusammengewürfelten Bewohner kein leichtes Unterfangen darstellte. Der Stellvertreter Paul Pleigers, Wilhelm Meinberg (1898–1973), charakterisierte das Vorhaben in Salzgitter mit den knappen Worten: »Ein solcher Vorgang ist in der ganzen Welt einzigartig.«²⁶

23 Gabriella Hauch (Hg.), *Industrie und Zwangsarbeit im Nationalsozialismus*. Mercedes Benz – VW – Reichswerke Hermann Göring in Linz und Salzgitter, Innsbruck 2003; Oliver Rathkolb, *NS-Zwangsarbeit. Der Standort Linz der ›Reichswerke Hermann Göring AG Berlin‹ 1938–1945*, 2 Bde., Wien 2001.

24 Zu Rimpl siehe Michael Wiederspahn, Herbert Rimpl, in: *Baukultur*, 6. 1992, S. 20–22; Jan Lubitz, Herbert Rimpl 1902–1976, in: http://www.architekten-portrait.de/herbert_rimpl/index.html (15.3.2011); zum Wohnungsbau und zur Architektur im ›Dritten Reich‹ siehe allgemein Tilman Harlander, *Zwischen Heimstätte und Wohnmaschine. Wohnungsbau und Wohnungspolitik in der Zeit des Nationalsozialismus*, Basel 1995; Tilman Harlander/Wolfram Pyta (Hg.), *NS-Architektur. Macht und Symbolpolitik*, Berlin 2010.

25 Herbert Rimpl, *Die Stadt der Hermann-Göring-Werke*, in: *Die Kunst im Dritten Reich*. Die Baukunst, Folge 4, München 1939, S. 21.

26 Wilhelm Meinberg, *Sozialprobleme der Hermann-Göring-Werke*, in: *Der Vierjahresplan*, 2. 1938, S. 519f., hier S. 520.

Dies mochte prahlerisch wirken, waren doch auch schon andernorts ambitionierte Stadtbauprojekte ausgeführt worden, dennoch stellte das Aufbaugesamt um Salzgitter einen Probelauf nationalsozialistischer Vergemeinschaftung dar, der in der Forschung bisweilen als eine Art ›Labor‹ charakterisiert worden ist.²⁷ Wie in einem Experiment hätten die Verantwortlichen der Reichswerke und anderer beteiligter staatlicher Stellen versucht, die nationalsozialistischen Leitideale der ›Volksgemeinschaft‹ in einer stark heterogenen und traditionslosen Arbeiterbevölkerung zu verankern. In der Praxis des Herrschaftsalltags stieß die Versuchsanordnung allerdings regelmäßig an ihre Grenzen.

4. ›Aufbau‹ und ›Arbeitseinsatz‹ bei den Reichswerken ›Hermann Göring‹ im Salzgittergebiet

Im Salzgittergebiet mussten die Anlagen der Reichswerke und die notwendige Infrastruktur innerhalb eines möglichst kurzen Zeitraums wortwörtlich aus dem Boden gestampft werden, was eine große Zahl an Bauarbeitern erforderte. Aufgrund der Großbauprojekte in Salzgitter und Fallersleben tendierte die Arbeitslosenquote im Gebiet des Landesamtes Niedersachsen gegen Null, weshalb deutsche Arbeitskräfte aus anderen Regionen des Landes, wie dem Ruhrgebiet, dem Saarland und Schlesien angeworben wurden. Der braunschweigische Ministerpräsident Friedrich Klagges (1891–1971) beschrieb die Folgen für die gesamte Region folgendermaßen:

»Sehr schwierig ist natürlich die Lösung der Arbeiterfrage für den großen Bergbau und für das Hüttenwerk selbst. Der engere Raum hier, der sowohl braunschweiges als auch preußisches Gebiet umfaßt, ist zur Stellung von Arbeitskräften in nennenswertem Umfang nicht mehr in der Lage, weil die Arbeitslosigkeit seit langem behoben war. Es wird also erforderlich, andere Arbeitskräfte aus Gebieten Deutschlands heranzuziehen, eine Aufgabe, die sowohl nationalpolitisch, wie auch wirtschaftlich und soziologisch von allergrößter Bedeutung ist.«²⁸

27 »In diesem Sinne können Salzgitter und Wolfsburg als ›Laboratorien‹ interpretiert werden, in denen die angestrebte Profilierung der NS-›Volksgemeinschaft‹ in Gestalt der nach rassistischen Prinzipien geordneten ›Leitungsgemeinschaft‹ quasi in Reinkultur vorangetrieben werden konnte – ohne die lästigen Traditionen der politischen Arbeiterbewegung und die soziale Verwurzelung in proletarischen Milieubindungen und Arbeiterkulturvereinen‹; Detlef Schmichen-Ackermann, Die nationalsozialistische Herrschaft im ›Völkischen Kernland‹ des ›Dritten Reiches‹. Politik und Gesellschaft in den NS-Gauen Osthannover, Südhannover-Braunschweig und Weser-Ems 1933–1945, in: Gerd Steinwascher (Hg.), Geschichte Niedersachsens, Bd. 5: Von der Weimarer Republik bis zur Wiedervereinigung, Hannover 2010, S. 201–452.

28 Die Tätigkeit der Industrie- und Handelskammer Braunschweig bei der Durchführung des zweiten Vierjahresplans. ›Reichswerke Hermann Göring‹ – eine neue Eisenindustrie bei Braunschweig, Sonderdruck aus ›Braunschweigsche Wirtschaft‹, 1937, S. 1–12, hier S. 12. Zu Klagges siehe Holger Germann, Die politische Religion des Nationalsozialisten Dietrich Klagges. Ein Beitrag zur Phänomenologie der NS-Ideologie, Frankfurt a.M. 1995.

Die »Abteilung Arbeitseinsatz« der Reichswerke übernahm die Aufgabe, für die Versorgung der Baustellen mit Arbeitskräften zu sorgen. Schnell stellte sich heraus, dass das Großprojekt der Reichswerke im Salzgittergebiet auf ausländische Arbeitskräfte angewiesen war. Im Juni 1939 arbeiteten rund 33.000 Arbeitskräfte im Gebiet, darunter befanden sich 10.000 ausländische Männer (4.200 Italiener, 2.500 Tschechen, 700 Niederländer, 750 Ungarn, 150 Jugoslawen).²⁹ Die ausländischen Arbeitskräfte wurden, wie die Italiener beim Bau des Volkswagenwerkes, auf der Basis zwischenstaatlicher Anwerbeverträge beschäftigt.³⁰ Sie lebten größtenteils in Barackenlagern, die ein hervorstechendes Element des Aufbaugesbietes waren.³¹ Insgesamt herrschte aufgrund hoher Fluktuation eine sehr unübersichtliche Situation, wie die örtliche Polizei in Watenstedt beklagte.

»Unter heutigen Verhältnissen ist es möglich, sich unangemeldet längere Zeit im Aufbaugesbiet aufzuhalten, mit Hilfe interessierter Personen in Barackenlagern zu schlafen und Verpflegung zu erhalten. Bei einer Arbeitsgemeinschaft war es möglich, daß ein ehemals tschechischer Staatsangehöriger eine Braut vom Urlaub mitbrachte und eine Woche im Lager wohnen hatte, ohne daß dieses von dem zuständigen Lagermeister bemerkt wurde. Sehr oft habe ich die Beobachtung machen können, daß Dirnen aus Braunschweig und anderen Orten in den Wohnlagern der Reichswerke zur Nachtzeit Einlaß fanden und das horizontale Gewerbe bis in die Morgenstunden ausübten, wo sie mitunter von einer zufälligen Polizeistreife ergriffen werden konnten.«³²

In und um Salzgitter entstand aufgrund der hohen Mobilität und der Vielzahl der ortsfremden Arbeitskräfte, die in provisorischen Unterkünften lebten, eine Lage, die eher das Gegenteil dessen bedeutete, was die NS-Funktionäre als »Volksgemeinschaft« verstanden. Den Sicherheitsorganen bereitete diese Situation deutliches Unbehagen.

In dem Geflecht der unterschiedlichen Akteure des nationalsozialistischen »Arbeitseinsatzes« strebten die Reichswerke nach einer möglichst weitreichenden Umsetzung ihrer Interessen. Die Strategie der »Abteilung Arbeitseinsatz« bestand vor allem darin, mit Hilfe persönlicher Kontakte zu den maßgeblichen Stellen die Versorgung mit dringend benötigten Arbeitskräften im Salzgittergebiet zu sichern.

»Die Abteilung muß so laufen, daß die genannten Sachbearbeiter in ständiger Fühlungnahme mit den über ganz Deutschland verteilten 430 Arbeitsämtern sind, um in persönlichen Verhandlungen das Freimachen von Arbeitskräften

29 Gestapo Staatspolizeistelle Braunschweig an den Braunschweigischen Minister des Innern, 23.6.1939, StAW, 12 Neu 13, Nr. 14840.

30 Zu den staatlichen Anwerbeverträgen siehe ausführlich Christoph Rass, *Institutionalisierungsprozesse auf einem internationalen Arbeitsmarkt. Bilaterale Wanderungsverträge in Europa zwischen 1919 und 1974*, Paderborn 2010.

31 Gudrun Pischke, *Menschen in Lagern. Deutsche und Ausländer, Freiwillige, Dienstverpflichtete, Zwangsverpflichtete, Kriegsgefangene, Häftlinge, DPs, Flüchtlinge in den Lagern Salzgitters von 1937–1950*, in: *Salzgitter-Jahrbuch*, 13. 1991, S. 464–470.

32 Gend.Station Watenstedt an den Braunschweigischen Minister des Innern, 19.6.1939, StAW, 12 Neu 13, 14840.

durch die Arbeitsämter zu bewerkstelligen. Mit dem Heranziehen der Tausende von ausländischen Arbeitskräften ist die Aufgabe der Abteilung Arbeitseinsatz nicht voll erfüllt. Es muß vielmehr Angelegenheit des Arbeitseinsatzes sein, so viel *deutsche* Arbeitskräfte wie nur irgend möglich heranzuziehen, um die in den Betrieben z.Z. eingesetzten ausländischen Arbeitskräfte durch deutsche zu ersetzen. Bei der Anwerbung von deutschen oder volksdeutschen Arbeitskräften ist insbesondere das Augenmerk darauf zu richten, daß es sich bei diesen Kräften um Fach- oder Spezialarbeiter handelt.«³³

Die Reichswerke profitierten dabei von besten Verbindungen zum Reichsarbeitsministerium und zu den Arbeitsämtern, die in Berlin der Namenspatron Göring und die einflussreiche Vierjahresplanbehörde garantierte.

Der Mangel an Arbeitskräften und insbesondere an Facharbeitern führte regelmäßig zu Konflikten zwischen verschiedenen Institutionen und Unternehmen. Die Schwerindustrie des Ruhrgebietes, die sich bereits vor der Gründung der Reichswerke dem Großprojekt gegenüber skeptisch verhielt, kritisierte seit 1937 immer wieder die bevorzugte Versorgung des Salzgittergebietes mit Arbeitskräften. In dem Ringen um Facharbeitskräfte zeigte sich die große Rivalität zwischen Privatunternehmen und den staatlichen Reichswerken. Als 1938 vermehrt Bergleute aus dem Ruhrgebiet zu den Reichswerken wechselten, vorerst jedoch ihre Werkwohnungen im Revier behielten, beklagten Vertreter des Ruhrbergbaus die Anwerbepaxis der Reichswerke gegenüber dem Reichsarbeitsministerium.

»Wenn die Reichswerke Hermann Göring Arbeitskräfte, die bisher im Steinkohlenbergbau tätig waren, in grösserer Anzahl einstellt, und dabei das Verlangen ausspricht, dass diese Arbeiter in ihren alten Werkwohnungen solange wohnen bleiben sollen, bis die Arbeiterwohnstätten der Hermann-Göring-Werke fertiggestellt sind, so wird der Bergbau dadurch in doppelter Weise beeinträchtigt, einmal durch den Verlust der Arbeitskräfte und zum anderen durch die Unmöglichkeit der Neueinstellung anderer Arbeiter. Denn ohne Zurverfügungstellung einer Wohnung ist es zumeist den Unternehmungen nicht möglich, Arbeitskräfte zu bekommen.«³⁴

Mit Beginn des Zweiten Weltkriegs spitzte sich die Frage der Arbeitskräfteversorgung für die ›Gefolgschaftsführung‹ und die ›Abteilung Arbeitseinsatz‹ weiter zu, da ein Teil der deutschen Arbeiter zur Wehrmacht eingezogen wurde. Bis Kriegsbeginn hatten die Reichswerke sehr eng mit anderen Dienststellen und den zuständigen Reichsbehörden kooperiert, nun entwickelte sich eine verstärkte Eigeninitiative, bisherige Regelungen wurden jetzt häufig missachtet oder übertreten. Arnold Rocholl, der Leiter der ›Abteilung Arbeitseinsatz‹ der Reichswerke, gab 1941 intern freimütig zu: »Wenn wir trotzdem z.B. im Monat Oktober für Bau und Betrieb im ganzen Gebiet rund 2.370 Arbeitskräfte gewinnen konnten, so war dies nur durch vielerlei Umwege und Über-

33 Aufstellung: ›Planung der Neuorganisation der Abteilung Arbeitseinsatz‹, 17.6.1940, StAW, NWA 2, 9983.

34 Schreiben der Reichsgruppe Industrie (i.A. Reuß) an das Reichsarbeitsministerium (Ebel), 22.2.1939, StAW, 12 Neu 13, 7046, Bl. 55.

gehung des RAM möglich. Diese Wege werden ständig weiter ausgenutzt.«³⁵ Wo auch immer in der Kriegszeit Arbeitskräfte mobilisierbar schienen, sondierten Mitarbeiter der Reichswerke zügig die Lage vor Ort und versuchten, insbesondere Facharbeiter für den Bergbau und die Metallverarbeitung im Salzgittergebiet zu verpflichten. Stärker noch als in der Vorkriegszeit waren Arbeitskräfte umkämpft, zumal nicht selten angeworbene Arbeiter nicht aus dem Heimaturlaub nach Salzgitter zurückkehrten. Viele italienische Arbeiter, die zur größten Ausländergruppe im Gebiet gehörten und als Angehörige der ›Achsenmacht‹ Italien bevorzugt behandelt wurden, zeigten sich beispielsweise in dieser Hinsicht eigensinnig: »Da viele Italiener anlässlich der Familienheimfahrt vertragsbrüchig werden und nicht zurückkehren, muss eine Änderung für die Hütte Braunschweig getroffen werden.«³⁶ Die bis dahin gültige Praxis, nach der italienische Arbeiter ihre Bahnfahrkarte vor ihrer Urlaubsheimreise ausgehändigt bekamen, wurde deshalb geändert und die Fahrkosten erst nach der Rückkehr nach Salzgitter erstattet. Auch und gerade bei den italienischen Arbeitern stieß der nationalsozialistische ›Arbeitseinsatz‹ an seine Grenzen, weil außenpolitische Rücksichtnahmen nötig schienen.

5. Die Grenzen der ›Volksgemeinschaft‹

Auf die bäuerlichen Gemeinden wirkten die gewaltigen Planungen im Salzgittergebiet und die beabsichtigte völlige Umwälzung des wirtschaftlichen Profils der Region wie ein Schock. Den Bauernfamilien wurde schnell klar, dass der Aufbau der Reichswerke den Verlust ihrer Heimat bedeuten musste. Die Probebohrungen im Herbst 1937 erschienen als Menetekel: »Die Bauern waren sehr wütend«, schrieb die Bauerntochter Ilse Rodenwald in ihrer Chronik von Hallendorf und Koldingen im Jahre 1942/43. Im November wurde ihre Familie über die Beschlagnahme und die bevorstehende Umsiedlung informiert: »Es folgten schreckliche Tage, mein Vater saß Tag und Nacht und grübelte, aß und trank kaum und sprach fast kein Wort. In diesen Tagen habe ich meinen Vater und meine Mutter oft verzweifelt weinen sehen.«³⁷ Der Reichsnährstand versuchte, Teile des fruchtbaren Ackerlandes zu erhalten, hatte aber trotz der notorischen ›Blut und Boden‹-Rhetorik der ersten Jahre des NS-Regimes zu wenig politischen Einfluss, um das rüstungspolitische

35 Gefolgschaftsführung Watenstedt (Rocholl) an Generaldirektor Pleiger Watenstedt, 12.11.1940, StAW, NWA 2, 9962.

36 Rundschreiben Hü 193, 7.10.1941, StAW, NWA 2, 9981; Cesare Bernani/Sergio Bologna/Brunello Mantelli, Proletarier der ›Achse‹. Sozialgeschichte der italienischen Fremdarbeit in NS-Deutschland 1937 bis 1943, Berlin 1997; Ralf Lang, Italienische ›Fremdarbeiter‹ im nationalsozialistischen Deutschland 1937–1945, Frankfurt a.M. 1996; zum Verhältnis von NS-Deutschland und faschistischem Italien siehe Sven Reichardt (Hg.), Faschismus in Italien und Deutschland. Studien zu Transfer und Vergleich, Göttingen 2005.

37 Ilse Rodenwald, Hof- und Dorfgeschichte von Hallendorf und Koldingen, Manuskript 1941, Stadtarchiv Salzgitter (StASZ).

Programm der Reichswerke ernsthaft in die Schranken weisen zu können.³⁸ Die bäuerliche ›Volksgemeinschaft‹ des Salzgittergebietes wurde vielmehr den forcierten Rüstungsanstrengungen geopfert, die Reichsumsiedlungsgesellschaft wies den betroffenen Familien eine neue ›Heimat‹ zu.³⁹

Die Vielzahl ausländischer Arbeiter bei den Reichswerken stellte für die Verantwortlichen ein massives Problem dar, das die Konstruktion der nationalsozialistischen ›Volksgemeinschaft‹ vor Ort zu einer sehr schwierigen Aufgabe machte. Der »stark überhöhte Ausländeranteil« auf den Baustellen und an den fertig gestellten Arbeitsstätten in der Region galt durchgängig als Makel, wie auch Äußerungen von Arnold Rocholl belegen:

»[E]s ist keinesfalls einzusehen, warum nur wir als Aufbauunternehmen in dieser Hinsicht so ausserordentlich stark vorbelastet sein sollen. Genügte doch schon das Zusammenströmen einer rein deutschen Gefolgschaft aus allen Teilen des Reiches, aus tausend Betrieben, aus tausend verschieden gelagerten persönlichen Gründen, aus vielfachen Unzufriedenheiten mit bisherigen Verhältnissen, uns vor die schwierigsten Aufgaben in der Bildung einer wirklich homogenen Gefolgschaft zu stellen. Je weniger gleichartig und geschlossen die Gefolgschaft, desto grösser wird zwangsläufig zunächst ihre Zahl sein und damit wiederum der Lohnaufwand und die Produktionskosten.«⁴⁰

Von einer »homogenen Gefolgschaft« waren die Reichswerke im Salzgittergebiet 1939 sehr weit entfernt. Die Vergemeinschaftung im Salzgittergebiet orientierte sich vor allem auf den Betrieb, die Reichswerke. Die deutsche ›Stammgefolgschaft‹ sollte besonders eng an das Unternehmen gebunden und für ihre Loyalität eigens belohnt werden. Mitglieder der Stammebelegschaft erhielten nach einer Bewährungsprobe eine Urkunde überreicht, die den herausgehobenen Status der ›Stammgefolgschaft‹ dokumentierte: »Gute Arbeitsleistung, Kameradschaft und Treue zum Betrieb finden hiermit ihre Anerkennung und bedingen die Gewährung sozialer Sonderleistungen gemäß Betriebsordnung.«⁴¹ Angesichts der Vielzahl ausländischer Arbeiter wurden die Deutschen vor Ort auf diese Weise privilegiert, und es wurde ihnen damit die

38 Dazu siehe auch Der Reichs- und Preußische Minister für Ernährung und Landwirtschaft (Darré) an den Braunschweigischen Ministerpräsidenten Klagges, 8.12.1937, StAW, NWA 2, 7119, Bl. 31.

39 Zur neueren Forschung über die nationalsozialistische ›Volksgemeinschaft‹ als soziale Praxis siehe Frank Bajohr/Michael Wildt (Hg.), Volksgemeinschaft. Neue Forschungen zur Gesellschaft des Nationalsozialismus, Frankfurt a.M. 2009; Detlef Schmiechen-Ackermann (Hg.), ›Volksgemeinschaft: Mythos, wirkungsmächtige soziale Verheißung oder soziale Realität im ›Dritten Reich‹?, Paderborn 2011; Detlev Peukert, Volksgenossen und Gemeinschaftsfremde. Anpassung, Ausmerze und Aufbegehren unter dem Nationalsozialismus, Köln 1982, hat als einer der ersten das Gegensatzpaar der ›Volksgemeinschaft‹ und der ›Gemeinschaftsfremden‹ erkannt, ohne die mobilisierende Kraft des nationalsozialistischen Gemeinschaftsversprechens ausreichend zu realisieren.

40 Zwischenbericht über den Stand der Arbeit, eingeleitete Maßnahmen und weitere Entwicklung anlässlich meines Einrückens zur Wehrmacht (Arnold Rocholl), 1.6.1940, StAW, NWA 2, 9962.

41 Urkunde zur Ernennung als ›Mitglied der Stammgefolgschaft‹, StAW, NWA 2, 9982.

Möglichkeit geboten, sich als ›Stammgefolgschaft‹ abzusondern. Die (auch emotionale) Bindung an den Betrieb ersetzte die ›Volksgemeinschaft‹.

Besonders deutlich wird die Funktion der Reichswerke als Akteur der Vergemeinschaftung in den umfangreichen Planungen jenes urbanen Raumes, aus dem die ›Hermann-Göring-Stadt‹ werden sollte. Die planerische Gestaltung der ›Hermann-Göring-Stadt‹ verfolgte auch erinnerungs- und geschichtspolitische Ziele: Ein zentrales Museum sollte bewusst die Vergemeinschaftung der deutschen Mitarbeiter stärken.⁴² »Mittel zu diesem Zweck ist das geplante Museum«, hieß es in einem Papier. »Besucher der HGW⁴³ erhalten dort den Überblick über die Größe des Unternehmens. Bei den Mitarbeitern soll dort das Gefühl für die Zusammengehörigkeit gestärkt werden.« Eine Tradition musste in Salzgitter schlichtweg erfunden und konstruiert werden.⁴⁴ Das projektierte Museum übernahm die Aufgabe, die Vorgeschichte des Salzgittergebietes und insbesondere die Errichtung der Reichswerke und der ›Hermann-Göring-Stadt‹ ausführlich darzulegen: »Die Gründung der HGW ist eine Tat von historischer Bedeutung.« Das Museum sollte dabei explizit kein ›Heimattmuseum‹, sondern vielmehr der »lebendige Ausdruck der Tradition und der Arbeit der HGW« sein.⁴⁵ Das Museum verfolgte das Ziel, Einheimische und auswärtige Besucher beständig daran zu erinnern, dass der nationalsozialistische Aufbau auch radikale Veränderungen mit sich bringen und die Lebenswelt des Einzelnen spürbar verändern könne. »Dieses Bewußtsein der Mitarbeiter muß gepflegt werden; sie müssen erzogen werden: beste Tradition zu bewahren und neue Tradition für Kommende zu schaffen.«⁴⁶ In den Überlegungen über das zukünftige Museum tauchten ausländische Arbeitskräfte mit keinem Wort auf; die ›Schmach‹ der multiethnischen Bevölkerung während der Aufbauzeit sollte somit zumindest nachträglich getilgt werden. Adressaten des Museums waren neben auswärtigen Besuchern und Betriebsangehörigen vor allem die Jugend der näheren Umgebung, deshalb sollte das Museum eng mit dem Lehrlingsinternat, der Berg- und Hüttenschule sowie der örtlichen Hochschule zusammenarbeiten. Das projektierte Museum der ›Hermann-Göring-Stadt‹ ist ein weiteres Beispiel dafür, wie sehr die Anwesenheit zahlreicher ausländischer Arbeitskräfte als Hindernis für die Vergemeinschaft

42 Zwischenbericht über den Stand der Arbeit, eingeleitete Maßnahmen und weitere Entwicklung anlässlich meines Einrückens zur Wehrmacht (Arnold Rocholl), 1.6.1940, StAW, NWA 2, 9962. Zu Museen während der NS-Herrschaft siehe allgemein Elisabeth Vaupel/Stefan L. Wolff (Hg.), *Das Deutsche Museum in der Zeit des Nationalsozialismus. Eine Bestandsaufnahme*, Göttingen 2010.

43 Die Reichswerke wurden auch ›Hermann-Göring-Werke‹ genannt und mit ›HGW‹ abgekürzt.

44 Eric Hobsbawm/Terence Ranger (Hg.), *The Invention of Tradition*, Cambridge 1984; Eric Hobsbawm, *Das Erfinden von Traditionen*, in: Christoph Conrad/Martina Kessel (Hg.), *Kultur & Geschichte. Neue Einblicke in eine alte Beziehung*, Stuttgart 1998, S. 95–118.

45 Zwischenbericht über den Stand der Arbeit, eingeleitete Maßnahmen und weitere Entwicklung anlässlich meines Einrückens zur Wehrmacht (Arnold Rocholl), 1.6.1940, StAW, NWA 2, 9962.

46 Ebd.

vor Ort verstanden wurde und wie sehr die Verwirklichung der ›Volksgemeinschaft‹ in die Nachkriegszeit projiziert werden musste.

Eine wichtige Form der Abgrenzung von ›Volksgenossen‹ und ›Fremden‹ im Provisorium der Lagergesellschaft bot eine Wohnung, die eine regelrechte Auszeichnung darstellte. Allerdings kam die Wohnungsbau AG der Reichswerke mit dem Bau der Siedlungen nur langsam voran und konnte den erheblichen Bedarf an Wohnraum nur ansatzweise decken. Während die KdF die Lager bespielte und mittels Spielen, Filmen und Aufführungen für ein wenig Abwechslung während der Freizeit sorgen sollte⁴⁷, blieben Wohnungen im Salzgittergebiet ein Privileg. Wie auch im Volkswagenwerk⁴⁸ ermöglichte die Vergabe von fertiggestellten Wohnungen eine soziale und rassische Hierarchisierung entlang nationalsozialistischer Leitlinien.

»Im Verhältnis zur gesamten Gefolgschaftslage konnten die *Siedlungen* bisher weitgehend frei gehalten werden von unsicheren und fraglichen Elementen. Ausländer haben bisher keine Aufnahme gefunden, und auch Ostoberschlesier und Protektoratsangehörige können erst nach 1–2jähriger Bewährung berücksichtigt werden, sofern sie nicht eine eindeutige Erklärung der zuständigen Parteistelle für ihre volksdeutsche Zuverlässigkeit beibringen können.«⁴⁹

Der grundsätzliche Ausschluss der ausländischen Arbeitskräfte von der Zuteilung einer Wohnung in den entstehenden Siedlungen in Lebenstedt, Gebhartshagen oder Kniestedt untermauerte ihren Status als temporäre, geduldete ›Gastarbeiter‹, die einige Zeit am Aufbau der Industrieanlagen und Wohnsiedlungen mitwirken sollten, um dann wieder in ihre Heimat zurückzukehren. Die fertiggestellten Siedlungen für deutsche Arbeitskräfte und deren Familien stellten im Salzgittergebiet Residuen der NS-Volksgemeinschaft dar. Hier blieben ›Volksgenossen‹ unter sich. Angesichts der Vielzahl ausländischer Arbeiter erwiesen sich die Siedlungen jedoch lediglich als Rückzugsgebiete der ›Volksgemeinschaft‹, die den defensiven Charakter nationalsozialistischer Vergemeinschaftung in und um Salzgitter unterstreicht.

Eine besondere Gruppe stellten die im obigen Zitat erwähnten ›Volksdeutschen‹ dar, die als heterogene deutsche Minderheiten in Ost- und Südosteuropa lebten.⁵⁰ Die Reichswerke warben ›Volksdeutsche‹ aus Rumänien, Ungarn

47 »KdF trägt aus eigenen Mitteln die Anschaffung der notwendigen Freizeitmaterialien (Sportgeräte, Spiele, Musikinstrumente, Bücher, Zeitschriften usw.). Für die spätere Zeit ist nach dem Muster der Reichsautobahnbehörde auch eine eigens zum Zwecke der Lagerbetreuung ins Leben zu berufende Bühne mit Spitzenleistungen von Theateraufführungen vorgesehen.« Ebd.

48 Dazu siehe Grieger, *Zuwanderung und junge Industriestadt*.

49 Zwischenbericht über den Stand der Arbeit, eingeleitete Maßnahmen und weitere Entwicklung anlässlich meines Einrückens zur Wehrmacht (Arnold Rocholl), 1.6.1940, StAW, NWA 2, 9962 (Hervorhebung im Original).

50 Valdis Lumans, *Himmler's Auxiliaries. The Volksdeutsche Mittelstelle and the German National Minorities of Europe, 1933–1945*, Chapel Hill 1993; die ›Heimkehr‹ der ›Volksdeutschen‹ ins Reich wurde im ›Dritten Reich‹ propagandistisch inszeniert, vgl. etwa Helmut Sommer, *Völkerwanderung im 20. Jahrhundert. Die große Heimkehr der Volksdeutschen ins Reich*, Berlin 1940.

und Jugoslawien an und stellten sie im Arbeitsalltag offiziell Deutschen gleich. In der Praxis zeigte sich jedoch, dass es regelmäßig zu Spannungen kam und dass die Anwesenheit dieser ›deutschen Fremden‹ die fragile lokale Volksgemeinschaft provozieren konnte.⁵¹ Im Falle, dass ›Volksdeutsche‹ beispielsweise die deutsche Sprache im Alltag verweigerten, sich ›völkisch unzuverlässig‹ verhielten und ›asoziales Verhalten‹ an den Tag legten, wurden sie mit Strafmaßnahmen bedacht und aus dem privilegierten Kreis der ›Volksgenossen‹ ausgeschlossen.⁵² Im Sinne einer ›völkischen‹ Degradierung wurde ihnen dann der Werksausweis für Deutsche abgenommen und sie erhielten stattdessen einen Werksausweis für Ausländer. Ebenso konnten sie aus ihren Wohnungen verwiesen und in Barackenlagern oder der ›Exmittierbaracke‹ untergebracht werden, was ebenfalls die zentrale Rolle der Unterbringung und ihre symbolische Funktion im Salzgittergebiet unterstreicht.⁵³ Im Fall der ›Volksdeutschen‹ offenbarten sich die fließenden Grenzen der Integration in die ›Volksgemeinschaft‹ im Salzgittergebiet: Sie waren in der heterogenen Bevölkerung Grenzgänger, die je nach Verhalten und Gutdünken der Verantwortlichen diesseits oder jenseits der ›Volksgemeinschaft‹ verortet werden konnten. Im Umgang mit den ›Volksdeutschen‹ werden der Konstruktionscharakter und die soziale Praxis der NS-Volksgemeinschaft demnach besonders deutlich.

Die nationalsozialistische Vergemeinschaftung im Salzgittergebiet vollzog sich nicht nur aufgrund staatlicher und betrieblicher Vorgaben. Gemeinschaften bildeten sich auch ›von unten‹ und grenzten sich dabei gezielt gegenüber den ausländischen Arbeitskräften in der Region ab. Am 12. Juli 1942 traf sich beispielsweise eine Gruppe Gleichgesinnter in der Gastwirtschaft Strube in Salder und gründete den Kleingärtnerverein Lebenstedt. Im folgenden Jahr erwarb der Verein ein Gelände für 120 Gärten, das wenig später um 40 Parzellen erweitert wurde.⁵⁴ Daneben entstanden weitere Kleingartenvereine wie Fortuna (1942), Hallendorf (1943), Marienbruch (1942) und Gebhardshagen (1942), die dokumentieren, wie ausgesprochen reizvoll ein Kleingarten für deutsche Bewohner des Salzgittergebietes war. Ein Kleingarten bot die willkommene Möglichkeit, eigenes Gemüse und eigene Pflanzen anzubauen und damit die Nahrungsmittelversorgung zu verbessern. Ein Kleingarten war zudem, und ist immer noch, ein Refugium und Zufluchtsort in einem städtisch geprägten Umfeld. Im Aufbauggebiet Salzgitter wirkte ein eigener Kleingarten wie eine Oase, in der weder Baustellen noch ›Fremde‹ anzutreffen waren, wie eine spätere Jubiläumsschrift verdeutlicht:

51 Rundschreiben Nr. 29/44 des Kreisobmanns der DAF-Kreisverwaltung der ›Reichswerke Hermann Göring‹, Lebenstedt, 4.12.1944, StAW, NWA 2, 10636.

52 Ebd.

53 Ebd.

54 50 Jahre Stadt Salzgitter – 50 Jahre Kleingartenwesen, Salzgitter 1992; Hartwig Stein, *Inseln im Häusermeer. Eine Kulturgeschichte des deutschen Kleingartenwesens bis zum Ende des Zweiten Weltkriegs. Reichsweite Tendenzen und Groß-Hamburger Entwicklung*, Frankfurt a.M. 1998.

»Die neuen Gartenanlagen hatten natürlich noch keine Einzäunung zum Schutz gegen Fremde, die sich über Nacht selbstbedienen wollten. Die Kleingärtner in den meisten Vereinen führten daher geregelten Wachdienst ein. Noch heute steht in der Kleingartenanlage Marienbruch in SZ-Lebenstedt ein Denkmal aus jener Zeit: Ein Wachturm!«⁵⁵

Die vielen Fremden im Salzgittergebiet erschwerten mithin nicht nur die Konstruktion von ›Volksgemeinschaft‹, sie provozierten auch die Suche nach Freiräumen des Eigenen und Abwehrmaßnahmen zu deren Schutz.

6. Der ›Arbeitseinsatz‹ als Zwangsmaßnahme

Der ›Arbeitseinsatz‹ von Ausländern in Deutschland beruhte während des Zweiten Weltkriegs meist auf Zwang und Gewalt seitens des NS-Regimes. Nicht nur im Fall der Reichswerke lässt sich ein Lernprozess erkennen, der bereits Mitte der 1930er Jahre einsetzte und dessen Erfahrungen nach 1939 dann – unter veränderten Rahmenbedingungen – die Mobilisierung von Arbeitskräften begünstigten. Bereits in den Jahren 1938 und 1939 sondierte die Abteilung Arbeitseinsatz der Reichswerke neue Möglichkeiten, um die so dringend erforderlichen Arbeitskräfte für den weiteren Aufbau des Betriebes zu bekommen. Nach der raschen Eroberung Polens durch die Wehrmacht wurden beispielsweise polnische Kriegsgefangene in Deutschland zwangsweise zur Arbeit gebracht. Der Arbeitskräftebedarf blieb auch 1941 in Salzgitter ungebrochen. Um »allen Aufgaben des Bauprogramms« gerecht zu werden, benötigten die Reichswerke im März 1941 rund 16.000 zusätzliche Arbeiter.⁵⁶ Arnold Rocholl führte aus, dass zu dieser Zeit Verhandlungen über die Verpflichtung von 4.000 Italienern, 800 Niederländern und Belgiern, 100 Franzosen, 1.000 bis 2.000 Militärstrafgefangenen sowie 2.000 Juden liefen. Die Reichswerke setzten demnach auf eine Kombination von freiwilliger Arbeitsmigration und Zwangsarbeit, auch wenn gegenüber der Beschäftigung von ausländischen Arbeitskräften unter Zwang anfangs durchaus Vorbehalte, etwa bei Generaldirektor Pleiger, existierten.

Die zwangsweise Rekrutierung von Arbeitskräften insbesondere in den eroberten Gebieten Osteuropas entwickelte sich seit 1940 zur obersten Priorität, da ansonsten der Bedarf der Wehrmacht an Kriegsgerät und Munition nicht hätte gedeckt werden können.⁵⁷ Zum 21. März 1942 wurde Fritz Sauckel (1894–1946), Gauleiter in Thüringen, zum Generalbevollmächtigten für den Arbeitseinsatz (GBA) ernannt. Er war fortan für die Rekrutierung deutscher und ausländischer Arbeitskräfte für die deutsche Rüstungsindustrie und die

55 50 Jahre Stadt Salzgitter – 50 Jahre Kleingartenwesen, S. 6.

56 Niederschrift über die Sitzung am 13.3.1941, StAW, NWA 2, 9960.

57 Ulrich Herbert, Fremdarbeiter. Politik und Praxis des ›Ausländer-Einsatzes‹ in der Kriegswirtschaft des Dritten Reiches, Bonn 1999 (Erstauflage 1985); Mark Spoerer, Zwangsarbeit unter dem Hakenkreuz. Ausländische Zivilarbeiter, Kriegsgefangene und KZ-Häftlinge im Deutschen Reich und im besetzten Europa 1939–1945, Stuttgart/München 2001.

Landwirtschaft verantwortlich.⁵⁸ Der ›Totale Krieg‹ des ›Dritten Reiches‹ seit der Niederlage in Stalingrad im Februar 1943 erforderte in nationalsozialistischer Perspektive auch den ›totalen Arbeitseinsatz‹, der Millionen von Zwangsarbeiterinnen und Zwangsarbeiter ins Deutsche Reich brachte.⁵⁹ ›Zwangsarbeit‹ ist dabei streng genommen ein unzureichender Begriff, da Zwangsmigration die Erfahrung der Zwangsarbeit entscheidend mitprägte. Die gewaltsame Entfernung der zumeist sehr jungen ›Ostarbeiter‹, so der NS-Jargon, aus ihrer gewohnten Umgebung und sozialen Bindungen ist zumindest unbedingt mitzudenken.⁶⁰

Zwangsarbeit und Terror waren spätestens ab 1941 im Aufbaubereich der Reichswerke in Salzgitter und Umgebung allgegenwärtig.⁶¹ Sowjetische Kriegsgefangene gelangten vor allem über die Kriegsgefangenenlager Fallingbommel und Bergen-Belsen zu den Reichswerken. Am 22. April 1941 schlossen die Reichswerke und das Lager Fallingbommel einen Vertrag über die Zuweisung von genau 2.004 sowjetischen Kriegsgefangenen ab. In der Folge entwickelte sich zwischen Reichswerken und Wehrmacht ein Disput über Löhne und Leistungsfähigkeit der sowjetischen Kriegsgefangenen, für die 60 Prozent des vergleichbaren Lohnes eines deutschen Arbeiters überwiesen werden mussten. Mitarbeiter der Reichswerke schätzten die Arbeitsleistungen der Gefangenen als ungenügend ein und machten dafür explizit die katastrophale Behandlung durch die Wehrmacht verantwortlich: »Die Gründe dafür lagen in der schlechten körperlichen Verfassung der Sowjetrussen.«⁶² Im ›Arbeitseinsatz‹ von Kriegsgefangenen kollidierten die verschiedenen Interessen der beteiligten Parteien: während die Wehrmacht die Gefangenen ›aushungern‹ lassen wollte, benötigten die Reichswerke leistungsfähige Arbeiter und kritisierten, dass die beteiligten Wehrmachtstellen auf das Leistungsvermögen und die gesundheitliche Verfassung »nicht die geringste Rücksicht genommen haben.«⁶³ Im Salzgittergebiet mit seinen vielen Baustellen seien die Anforderun-

58 Steffen Raßloff, Fritz Sauckel. Hitlers ›Muster-Gauleiter‹ und ›Sklavenhalter‹, Erfurt 2008.

59 Totaler Arbeitseinsatz für den Sieg. Programmatistische Rede des Generalbevollmächtigten für den Arbeitseinsatz, Gauleiter und Reichstatthalter Fritz Sauckel, auf der ersten Tagung der Arbeitseinsatzstäbe am 6. Januar 1943 in Weimar.

60 Für eine lebensgeschichtliche Perspektive siehe u.a. Alexander von Plato/Almut Leh/Christoph Thonfeld (Hg.), Hitlers Sklaven. Lebensgeschichtliche Analysen zur Zwangsarbeit im internationalen Vergleich, Köln 2008.

61 Gerd Wysocki, Arbeit für den Krieg. Herrschaftsmechanismen in der Rüstungsindustrie des ›Dritten Reiches‹. Arbeitseinsatz, Sozialpolitik und staatspolizeiliche Repression bei den Reichswerken ›Hermann Göring‹ im Salzgitter-Gebiet 1937/38 bis 1945, Braunschweig 1992; ders., Zwangsarbeit im Stahlkonzern. Salzgitter und die Reichswerke ›Hermann Göring‹ 1937–1945, Braunschweig 1982; ders., Arbeit, Sozialpolitik und staatspolizeiliche Repression bei den Reichswerken ›Hermann Göring‹ in Salzgitter, in: Hermann Kaienburg (Hg.), Konzentrationslager und deutsche Wirtschaft 1939–1945, Opladen 1996, S. 113–125; Gudrun Pischke, ›Europa arbeitet bei den Reichswerken‹. Das nationalsozialistische Lager-system in Salzgitter, Salzgitter 1995.

62 Reichswerke ›Hermann Göring‹ (Cornelius) an den Generalbevollmächtigten für den Arbeitseinsatz, 21.9.1942, StAW, NWA 2, 9959.

63 Ebd.

gen an die eingesetzten Kriegsgefangenen besonders hoch, da »wir infolge des hohen Ausländer-Prozentsatzes in allen Betriebsabteilungen auf eine besonders intensive Ausnutzung dieser Arbeitskräfte angewiesen sind.«⁶⁴

Im Jahr 1940 stellten die Reichswerke der Gestapo⁶⁵ ein Gelände für das »Arbeitserziehungslager« Hallendorf zur Verfügung, das allgemein unter dem Namen »Lager 21« bekannt war. Die Gestapo inhaftierte und schikanierte hier deutsche und insbesondere osteuropäische Arbeitskräfte, womit nach nationalsozialistischem Sprachgebrauch vor allem gegen das »Bummelantentum« vorgegangen werden sollte. Das Lager, in dem durchschnittlich 1.200 bis 1.300 Personen interniert waren, erlangte aufgrund der brutalen Behandlung der Insassen alsbald einen sehr negativen Ruf, der teilweise sogar die Rekrutierung von freiwilligen Arbeitskräften im Ausland beeinträchtigte. Vertreter der »Gefolgschaftsführung« der Reichswerke machten etwa die Erfahrung, dass das Lager in Rumänien durchaus ein Begriff war und gegen die Anwerbung für das Salzgittergebiet eine regelrechte Kampagne geführt werde:

»In diesen Flugblättern und in der mündlichen Propaganda wird immer wieder mit dem »Lager 21 der Hermann-Göring-Werke« operiert. Es wird über die unmenschliche Behandlung in dem Lager, die Hinrichtungen usw. Greuelmärchen verbreitet, die offensichtlich dazu dienen sollen, die Rumänen abzuhalten, zu den HGW zu gehen. Ich selber habe in Rumänien erlebt, daß mich sowohl einfache deutschblütige Arbeiter als auch Nationalrumänen nach dem Lager 21 bei den HGW gefragt haben, als sie für die Aufnahme der Arbeit bei den HGW geworden werden sollten.«⁶⁶

In Salzgitter, das seit dem 1. April 1942 nach einer Gebietsbereinigung Watenstedt-Salzgitter hieß und 108.480 Einwohner am 31.12.1942 verzeichnete, entstanden weitere »Orte des Terrors« wie das am 13. Oktober 1942 von 250 KZ-Häftlingen errichtete KZ Drütte, direkt unter einer Hochstraße des Hüttenwerks gelegen. Dort arbeiteten bis Kriegsende insgesamt rund 3.100 Gefangene in der Munitionsfabrikation.⁶⁷ Weitere Konzentrationslager im Gebiet bestanden mit dem KZ Salzgitter/Leinde und dem KZ Salzgitter-Bad.⁶⁸ An diesen Stätten war das Gewaltpotential des nationalsozialistischen »Arbeitseinsatzes« besonders deutlich; es existierten allerdings zahlreiche fließende Übergänge von freier zu unfreier Arbeit während des »Dritten Reiches«, die je nach

64 Der Kreisleiter des Kreises Reichswerke »Hermann Göring« (Deinert) an den Betriebsführer der Reichswerke »Hermann Göring« (Pleiger), 18.10.1943, StAW, NWA 2, 9958.

65 Gerd Wysocki, Die Geheime Staatspolizei im Land Braunschweig. Polizeirecht und Polizeipraxis im Nationalsozialismus, Frankfurt a.M./New York 1997; allgemein siehe Gerhard Paul/ Klaus-Michael Mallmann (Hg.), Die Gestapo – Mythos und Realität, Darmstadt 1995.

66 Gefolgschaftsführung der Reichswerke (Dietrich) an Sekretariat Meinberg, 24.4.1942.

67 Wysocki, Häftlinge in der Kriegsproduktion des »Dritten Reiches«.

68 Zu Gedenkstätten an den Stätten nationalsozialistischer Verfolgung in Salzgitter siehe Topographie der Erinnerung. Gedenkstätten für die Opfer des Nationalsozialismus im Gebiet der Braunschweigischen Landschaft, hg.v.d. Braunschweigischen Landschaft e.V., Braunschweig 2004; Ulrike Puvogel u.a., Gedenkstätten für die Opfer des Nationalsozialismus. Eine Dokumentation, 2. Aufl. Bonn 1996, Bd. 1, S. 455–458.

nationaler Gruppe und Status der jeweiligen ausländischen Arbeitskräfte von versteckten Formen der Kontrolle bis zu offenem Terror reichten.

7. Fazit

Verschiedene Großprojekte wie die Reichsautobahn und das Volkswagenwerk bei Fallersleben bildeten Elemente des nationalsozialistischen ›Aufbaus‹. Die Nationalsozialisten schufen jedoch beileibe kein ›Wirtschaftswunder‹, sondern machten die Wirtschaft vielmehr kriegsbereit. Im Zuge dessen kam dem ›Arbeitseinsatz‹ eine hohe staatspolitische Bedeutung zu, weshalb Rechte der Arbeitnehmer beschnitten und die Beschäftigung von Arbeitskräften zunehmend gelenkt wurde. Ein Paradox stellt die Tatsache dar, dass die Staatsbetriebe wie das Volkswagenwerk und die Reichswerke aufgrund des Facharbeitermangels überproportional viele ausländische Beschäftigte einstellten. Das Aufbaugesamt der Reichswerke in und um Salzgitter muss diesbezüglich als ein besonders eindrückliches Beispiel für das Dilemma nationalsozialistischer ›Aufbau‹-Politik charakterisiert werden, an dem der ›Makel‹ des massenhaften Einsatzes ausländischer Arbeitskräfte klebte. Die Konstruktion der NS-›Volksgemeinschaft‹ konnte hier nicht wie in vielen anderen Stätten Deutschlands funktionieren, da jegliche Traditionen und regionalen Identitäten, an die ansonsten angeknüpft wurde, schlichtweg fehlten. Die Anwerbung von deutschen und ausländischen Arbeitskräften, die Verschleppung von Kriegsgefangenen und osteuropäischen Zwangsarbeitern in das Gebiet führte vielmehr zu erheblichen Spannungen im Alltag. Die lokale ›Volksgemeinschaft‹ suchte nach Rückzugsorten und fand diese vornehmlich in Siedlungen, die wegen des Fehlens von ausländischen Arbeitskräften einen zentralen Platz im Belohnungssystem der deutschen Arbeiter einnahmen. Der ›Arbeitseinsatz‹ vieler Fremder und Ausländer galt als ein Provisorium, das später wie in der musealischen Darstellung ausgelöscht werden sollte.

Arbeitsmigration und Zwangsarbeit zeigten die Grenzen der Vergemeinschaftung im Salzgittergebiet auf und machten schärfer noch als andernorts ständige Grenzziehungen notwendig. Deutlich wird der Konstruktionscharakter der ›Volksgemeinschaft‹ an der Gruppe der ›Volksdeutschen‹, die offiziell als vollwertige Deutsche galten, in der Praxis aber nicht selten als ›Fremde‹ wahrgenommen wurden. Je nach Verhalten konnten sich ›Volksdeutsche‹ diesseits oder jenseits der Grenze der Volksgemeinschaft wiederfinden. Gewalt und Terror gehörten im Zweiten Weltkrieg zum wichtigen Instrument des nationalsozialistischen ›Arbeitseinsatzes‹, im Reich und in Salzgitter. Die Verantwortlichen konnten sich dabei auf die Erfahrungen der 1930er Jahre berufen, in denen der ›Arbeitseinsatz‹ zunehmend gelenkt und überwacht wurde.